Detailansicht des Registereintrags

Bundesverband Trans* e.V. (BVT)

Aktuell seit 29.10.2026 13:24:17

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001715
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	29.10.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	30.07.2026
Tätigkeitskategorie:	Nichtregierungsorganisation (NGO)
Kontaktdaten:	Adresse: Tempelhofer Damm 156 12099 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493023949896 E-Mail-Adressen: info@bv-trans.de Webseiten: www.bv-trans.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
10.001 bis 20.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25
0,17

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Robin Osterkamp**
   Funktion: Vorstand
2. **Patricia Pederzani**
   Funktion: Vorstand
3. **Markus Marielle Hirtz**
   Funktion: Vorstand
4. **Frank Krüger**
   Funktion: Vorstand
5. **Chris Philipps**
   Funktion: Vorstand

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Kalle Hümpfner**
2. **Mari Günther**
3. **Markus Marielle Hirtz**
4. **Frank Krüger**

Gesamtzahl der Mitglieder:
312 Mitglieder am 31.07.2025, davon:
247 natürliche Personen
65 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (9):

1. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V.
2. DAG SHG e.V.
3. ILGA Europe
4. TGEU (Transgender Europe) e.V.
5. Deutscher Frauenrat e.V. - CEDAW Alliance
6. Bundesverband Queere Bildung e.V.
7. LSVD+ - Verband Queere Vielfalt e.V.
8. TGNS (Transgender Network Switzerland)
9. Forum Menschenrechte

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):

Diversitätspolitik; Familienpolitik; Geschlechterpolitik; Kinder- und Jugendpolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Seniorenpolitik; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Asyl und Flüchtlingsschutz; Integration; Migration; Strafrecht; Zivilrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Der Bundesverband Trans* (BVT*) wurde 2015 als ein Zusammenschluss von Einzelpersonen, Gruppen, Vereinen und Initiativen auf Regional-, Landes- und Bundesebene gegründet. Das gemeinsame Bestreben ist der Einsatz für geschlechtliche Selbstbestimmung und Vielfalt. Der BVT* engagiert sich für die Menschenrechte im Sinne von Respekt, Anerkennung, Gleichberechtigung, gesellschaftlicher Teilhabe und Gesundheit von trans* bzw. nicht im binären Geschlechtersystem verorteter Personen.

Durch Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit stärkt der Bundesverband Trans* die Sichtbarkeit von trans*politischen Anliegen. Politische Entscheidungsträger*innen informiert der BVT* über dringende Handlungsbedarfe, um die Grundrechte von trans* und nicht-binären Personen zu schützen. Gesetzgebungsverfahren, welche die Lebensrealität von trans* und nicht-binären Personen betreffen, begleitet der Verband durch Stellungnahmen und Fachgespräche. Konkrete Ziele, für die sich der BVT* einsetzt, sind:

- Einrichtung eines TSG-Entschädigungsfonds
- Reform des Familien- und Abstammungsrechts
- Ergänzung des Art. 3 Abs. GG
- Abbau von (Psycho-)Pathologisierung und Stigmatisierung in der Gesundheitsversorgung
- Wahrung der Menschenrechte von queeren Geflüchteten
- Stärkung von Trans*community-Strukturen wie Selbsthilfegruppen, Netzwerken und Vereinen.
- Ausbau des Antidiskriminierungsrechts und Stärkung des Schutzes vor Hasskriminalität.

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. **Einführung eines Entschädigungsfonds für Grundrechtsverletzungen in TSG-Verfahren**

   Beschreibung:
   Einrichtung eines Entschädigungsfonds für trans* Personen, die im Rahmen ihrer Änderung des Geschlechtseintrags nach § 8 Abs. 1 Nr. 2-4 TSG ("Transsexuellengesetz") Grundrechtsverletzungen erfahren haben, bis entsprechende Regelungen durch das Bundesverfassungsgericht außer Kraft gesetzt wurden.

   Betroffenes geltendes Recht:
   TSG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

2. **Reform des Abstammungsrechts**

   Beschreibung:
   Umfassende abstammungsrechtliche Reform, welche die Benachteiligung von LSBTIQ*-Personen im Abstammungsrecht abbauen soll: dies umfasst u.a. Abschaffung der Stiefkindadoption für Regenbogenfamilien, Einführung von präkonzeptionellen Vereinbarungen zu Elternschaft, Anerkennung von trans*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Eltern im Identitätsgeschlecht und entsprechende Aufnahme im Geburtsregister (Anpassungen notwendig in §§ 1591, 1592 BGB)

   Betroffenes geltendes Recht:
   BGB [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

3. **Reform des AGG (Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes)**

   Beschreibung:
   Reform des AGG, um bestehende Schutzlücken zu schließen und gesellschaftlich benachteiligten Bevölkerungsgruppen mehr Teilhabe zu ermöglichen: dies umfasst u.a. die Stärkung des Diskriminierungsschutzes durch die Erweiterung von Diskriminierungskategorien und -formen, die Verbesserung der Rechtsdurchsetzung durch Verlängerung von Geltendmachungsfristen und Einführung des Verbandsklagerechts sowie eine Stärkung der Anti-Diskriminierungsstelle des Bundes (ADS).

   Betroffenes geltendes Recht:
   AGG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Asyl und Flüchtlingsschutz [alle RV hierzu]; Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]; Kinder- und Jugendpolitik [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Seniorenpolitik [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2606250023** (PDF - 6 Seiten)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 17.04.2026 an:

      Bundesregierung

      Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]
      Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ) [alle SG dorthin]

4. **Reform der Trans*gesundheitsversorgung**

   Beschreibung:
   Gesetzliche Reform der Trans*gesundheitsversorgung: Fokus liegt hierbei auf die Regelungen im SGB V, welche die Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen betreffen. Die aktuellen Regelungen sind mit Blick auf die fortlaufenden Entwicklungen in medizinischen und psychologischen Diskursen anzupassen, damit eine dem wissenschaftlichen Stand angemessene und wirtschaftliche Behandlung von trans* Personen stattfinden kann.

   Betroffenes geltendes Recht:
   SGB 5 [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

   Stellungnahmen/Gutachten (1):

   1. **SG2507230039** (PDF - 1 Seite)

      Adressatenkreis:

      Versendet am 19.03.2025 an:

      Bundestag
      Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

5. **Ergänzung des Art. 3 Abs. 3 GG**

   Beschreibung:
   Ergänzung des Art. 3 Abs. 3 GG, damit auch LSBTIQA*-Personen unmissverständlich durch die Verfassung vor Diskriminierung geschützt sind.

   Betroffenes geltendes Recht:
   GG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

6. **Verhinderung der Weitergabe von sensiblen personenbezogenen Daten nach einer Änderung über das Selbstbestimmungsgesetz**

   Beschreibung:
   Ablehnung der Einführung neuer Datenfelder im Meldewesen, die trans*, intergeschlechtliche oder nicht-binäre Personen leicht als solche identifizierbar machen.

   Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:
   Verordnungsentwurf zur Umsetzung des Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den Geschlechtseintrag im Meldewesen
   Datum des Referentenentwurfs: 11.06.2025
   Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern (BMI) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BMeldDÜV 2 2015 [alle RV hierzu]; BMeldDÜV 1 2015 [alle RV hierzu]; BMeldDAV 2022 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606250021** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 02.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

7. **Beibehaltung des Selbstbestimmungsgesetzes**

Beschreibung:
Erhalt des Selbstbestimmungsgesetzes, das eine Änderung des Namens und Geschlechtseintrags vor dem Standesamt auf Basis der Selbstauskunft ermöglicht und auf pathologisierende Zuschreibungen verzichtet. Ablehnung der Einführung von zusätzlichen Regelungen, die geeignet sind, Misstrauen und einen Generalverdacht gegenüber trans*, intergeschlechtlichen und nicht-binären Personen hervorzurufen.

Betroffenes geltendes Recht:
SBGG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2606250025** (PDF - 3 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 08.06.2026 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) [alle SG dorthin]

8. **Verhinderung weiterer Benachteiligung vielfältiger Familienkonstellationen**

Beschreibung:
Berücksichtigung der Lebensrealitäten von Regenbogenfamilien und Sicherstellung, dass durch die Gesetzesänderung keine weitere Benachteiligung für queere Familienkonstellationen entsteht, in denen bei einer Person allein eine rechtliche, jedoch nicht biologische Elternschaft besteht und durch die Gesetzesänderung größere Rechtsunsicherheit droht.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2997 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Vaterschaftsanfechtung
Zuständiges Ministerium: BMJV [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Familienpolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

9. **Änderung § 4 Abs. 1 PassG sowie damit verbundener Verwaltungsvorschriften**

Beschreibung:
Änderung der Regelungen in § 4 Abs. 1 PassG (Passgesetz) dahingehend, dass trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Personen mit den Geschlechtseinträgen m, w, d oder keine Angabe einen vom amtlichen Eintrag abweichenden Geschlechtseintrag im Reisepass führen können, ohne weitere Dokumente vorlegen zu müssen, um das eigene Diskriminierungsrisiko beim Grenzübertritt zu reduzieren.

Betroffenes geltendes Recht:
PaßG 1986 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Diversitätspolitik [alle RV hierzu]; Geschlechterpolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2509300252** (PDF - 5 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 27.07.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

2. **SG2606250022** (PDF - 7 Seiten)

   Adressatenkreis:

   Versendet am 10.10.2025 an:

   Bundesregierung
   Bundesministerium des Innern (BMI) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **"Demokratie leben!" - Bundesprogramm des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Spremberger Str. 31, 02959 Schleife
   Betrag: 590.001 bis 600.000 Euro
   Zuwendung im Rahmen des Bundesprogramms des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend "Demokratie leben!" als Teil des Projektes "Kompetenznetzwerkes zum Abbau von Homosexuellen- und Transfeindlichkeit / BVT*. Für die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Selbstbestimmung und Vielfalt!".

2. **"Demokratie leben!" - Bundesprogramm des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über Weiterleitungsvertrag IDZ Jena**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Schleife
   Betrag: 30.001 bis 40.000 Euro
   Projekt Trans*feindlichkeit: Kontexte, aktuelle Dynamiken und Auswirkungen
   Weiterleitungsvertrag des Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung, Jena

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
200.001 bis 210.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:
1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Tatigkeitsbericht_2024.pdf